

zu relativieren, und zwar zugunsten dessen, was man Praxis oder Spiritualität nennt. Gerät eine Forderung, wie Sie sie in bezug auf die Mystik als Lehrinhalt erheben, nicht leicht in den Verdacht, dieser problematischen Einstellung Vorschub zu leisten?

Sudbrack: Aber es ist doch das Faszinierende an der christlichen Mystik, daß der Intellekt eben nicht ausgeschaltet wird. Meister Eckhart war ein Intellektueller. Teresa von Avila suchte den Gesprächskontakt zu den Theologen. Die christliche Mystik ist nicht *antirational*, sie ist eher *überrational*. Auch wenn hier und da behauptet wird, die Mystik beginne dort, wo die Rationalität aufhört, muß man sagen: Im Christentum stimmt dies nicht.

HK: Eine abschließende Frage: Unter Christen trifft man gegenüber dem New Age ebenso auf schrille Anfein-

dung wie auf Versuche, beides miteinander konvergieren zu lassen. Mit welcher Zielperspektive sollte das Christentum sich dieser Bewegung stellen?

Sudbrack: Dreierlei scheint mir wichtig: Wir sollten erstens das sachliche Gespräch suchen, uns nicht scheuen, das Positive anzuerkennen, aber auch den Mut haben, Mißgriffe aufzuzeigen. Zweitens sollten wir uns der eigenen Defizite bewußt werden und sie aufarbeiten. Drittens aber sollten wir New Age weder dämonisieren noch vereinnahmen: Also weder eine finstere Verschwörung im Kern von New Age vermuten noch auch die ganz eindeutigen Aussagen, daß in New Age ein transzendenter Gott keinen Platz hat, ja daß der Glaube an den personalen Gott Grund der heutigen Fehlentwicklung sei, überhören und New Age ein christliches Mäntelchen überziehen. Im Grunde nähme man damit weder New Age noch das Christentum ernst.

Säkulare Stadt – geteiltes Bistum

Ein Bericht über den Berliner Katholizismus

Während der 750-Jahr-Feiern von Berlin ist wenig über die religiöse Lage der Stadt in Ost und West geschrieben worden, schon gar nicht über die Lage der katholischen Kirche. Indessen ist gerade Berlin – trotz seiner beispiellosen Sonder-situation – für kirchliches Leben unter großstädtischen Bedingungen fast exemplarisch – auch für die katholische Kirche. Aus Gründen, die in der geteilten Stadt selber liegen, muß sich der folgende Bericht allerdings im wesentlichen auf das Westberliner Szenarium beschränken. Ost-Berlin bedarf – soweit sich die Verhältnisse dort von der übrigen DDR unterscheiden – einer eigenen Darstellung.

„Mir gefallen die Sitten der Einwohner sehr gut. Sie halten die religiösen Übungen genau ein und sind von großer Ergebenheit gegen die christliche Religion erfüllt. Fleißig besuchen sie die Gotteshäuser, mit großer Ehrfurcht feiern sie die Feste. Sie halten die Fasten ein und sind im Dienste um so eifriger, als sie sich als der letzte Volksstamm zum Christentum bekehrt haben“ (zit. nach: *Hubert Bengsch*, „Bistum Berlin – 1000 Jahre christlicher Glaube zwischen Elbe und Oder“. Stapp-Verlag, Berlin 1985). Die Beschreibung des kirchlichen Lebens in Berlin zu Beginn des 16. Jahrhunderts durch den Humanisten Trithemius von Sponheim verleitet heute zum Schmunzeln. Der Gelehrte zeichnet ein vermutlich zutreffendes Bild von der Berliner Religiosität am Vorabend der Reformation. Sie bedeutet für Berlin – wie für weite Teile Mittel- und Ostdeutschlands – den entscheidenden Einschnitt im Verhältnis der Menschen zur Kirche und zu ihrem Glauben. Er hat tiefe Spuren hinterlassen.

Freilich erklären die *Glaubensspaltung* des 16. Jahrhunderts und der sich als Folge der Reformation ausbreitende Protestantismus nur zu einem Teil die heutige Situation des Berliner Katholizismus. In der Diaspora lebte die katholische Bevölkerung seit Luther schon immer. Sie kennt das Wechselbad von Unterdrückung und Toleranz. Der Rückblick in die 750jährige Geschichte zeigt, daß ihr Freiheitsraum noch nie so groß war wie heute. Allerdings gilt diese Feststellung ganz überwiegend nur für West-Berlin. Für den Ostteil der Stadt sowie für die auf dem Gebiet der DDR liegenden Teile der sich von Rügen bis Jüterbog und von der Elbe bis zur Oder erstreckenden Diözese gelten andere Kategorien.

Veränderungen seit 1945

Etwa 700 000 Katholiken zählte das Bistum Berlin trotz der Gebietsverluste im Osten und der weitgehenden Zerstörung der Reichshauptstadt im Jahr 1946. Heute sind es noch etwa 450 000. Davon leben 281 000 in West-Berlin. Fast alle Gotteshäuser im Bistumsgebiet waren bei Kriegsende vernichtet oder mehr oder weniger schwer beschädigt. Allein diese äußeren Voraussetzungen des kirchlichen Lebens verhinderten ein unverkürztes Anknüpfen an die Tradition, wie das den übrigen deutschen Diözesen möglich war. Es gab kaum noch intakte Gemeinden, und wo sie vorhanden waren, fehlten Kirche, Pfarrhaus, Gemeinderäume usw.

Kaiserzeit und Weimarer Republik hatten Industrielle, Kaufleute und vor allem viele höhere Beamte, unter ih-

nen nicht wenige Katholiken, in die Reichshauptstadt gelockt. Wer in der Provinz etwas auf sich hielt, mußte – wenigstens zeitweise – in Berlin gearbeitet haben. Dies änderte sich mit dem Kriegsende 1945 schlagartig. Führungskräfte verließen zuhauf die Stadt, wobei die Furcht, den Sowjets in die Hände zu fallen oder in einem kommunistisch beherrschten Staat leben zu müssen, zweifellos eine Rolle gespielt hat. Bis heute sind die Lücken, die der Verlust eines großen Anteils von Katholiken aus diesen Schichten die Kirche damals gekostet hat, nicht aufgefüllt.

In West-Berlin, das sich aufgrund der politischen Entwicklung zu teilweiser Verselbständigung gezwungen sah, begann das kirchliche Leben auf bescheidenstem Niveau. Es galt, in fast allen Stadtteilen die durch Bomben und Brände zerstörten Kirchen wieder aufzubauen. Vor allem Bischof *Weskamm* zeigte sich entschlossen, kleine, übersichtliche Pfarreien zu errichten und es nicht wieder zu den Mammutgemeinden mit 15–20 000 und mehr Gläubigen kommen zu lassen. Dabei vermochte man aus der Not eine Tugend zu machen. Im Lauf der nächsten Jahre entstanden, über die Stadt verteilt, zahlreiche *kleinere Gotteshäuser*, die jeweils 200 bis 800 Besuchern Platz bieten. Die evangelische Kirche West-Berlins trägt demgegenüber die Last zahlloser Großkirchen, die kaum einmal gefüllt sind, aber ihr nahezu unerträgliche Kosten für Erhaltung, Heizung, Erneuerung usw. aufbürden.

Extrem säkulare Stadt

Die katholische Kirche zählt dagegen höchstens vier oder fünf derartiger „Kathedralen“ im neugotischen oder neuromanischen Stil. Im übrigen verfügt man in einer relativ gesunden demographischen Struktur über rund 80 Gotteshäuser. Schmerzlich drückt freilich der stetig wachsende *Priestermangel*. Viele Pfarrer sind alt, müssen aber dennoch ihren Dienst ohne die Unterstützung eines Kaplans leisten. Darunter leidet das, was man früher die „Standesseelsorge“ genannt hat: Der Pfarrer muß sich zugleich um die Jugend wie um die älteren Gemeindemitglieder kümmern; er ist für die Vereine und Verbände ebenso wie für den Pfarrgemeinderat zuständig. Hinzu kommen oft Bauaufgaben, Erteilung von Religionsunterricht in nahegelegenen Schulen und Krankenbesuche.

Die seit dem II. Vatikanum bestehenden *Pfarrgemeinderäte* haben bisher nicht das bewirkt, wozu sie einmal gedacht waren: Transmissionsriemen für die lebendige Weitergabe des Glaubens und für die Diakonie zu werden. Ihre Aktivitäten beschränken sich weithin auf das Organisatorische, wenn man von einzelnen Gemeinden, die neue Wege zu beschreiten suchen, absieht. Es scheint an Impulsen zu fehlen, an religiöser Dynamik, die sich nicht mit Hirtenbriefen und verbalen oder schriftlichen Appellen begnügt.

Der *Westteil der Diözese Berlin* befindet sich unter den politischen Zwängen, die es dem im Ostteil der Stadt re-

sidierenden Bischof erschweren, unter den Gläubigen in wünschenswertem Maß präsent zu sein. Immerhin kann er an zehn Tagen im Monat die Mauer passieren, um seinen pastoralen Verpflichtungen nachzukommen. Das ist angesichts der Größe des Bistums und der darin weit auseinanderliegenden Gemeinden nicht einmal unproportional. Zudem sind die Stadtgemeinden ungleich schneller zu erreichen als die zerstreuten Pfarreien auf dem flachen Land. Vielleicht ist es mehr die geistige Distanz des gegenwärtigen Oberhirten zu den Westberliner Gläubigen, die hin und wieder zu Irritationen führt. Der in Schlesien geborene und in Thüringen aufgewachsene *Joachim Meisner* tut sich schwer, das Phänomen der Großstadt Berlin mit ihrem säkularen Lebensgefühl zu erfassen. Es fehlt dieser Stadt das Ferment christlicher Tradition. Wie anders wäre es zu verstehen, daß der Besucher der großen historischen Ausstellung über Berlin anlässlich der 750-Jahrfeier angemessene Hinweise auf das großartige soziale Wirken der christlichen Kirchen im 19. Jahrhundert nahezu vergeblich sucht? Man stelle sich so etwas in Bayern, Baden-Württemberg, in Köln oder Münster vor!

Wird man bald auch auf das Leben eines durchschnittlichen Westberliners jene Feststellungen anwenden können, die der Thüringer Bischof *Joachim Wanke* vor einigen Jahren mit Bezug auf die DDR vor Geistlichen getroffen hat: „Der ‚Ausfall‘ Gottes ist radikal und die ganze Breite des Lebens abdeckend. Gott, Religion, Kirche kommen darin nicht vor ... Und wenn der Zeitgenosse per Zufall darauf stößt, wirkt es für ihn exotisch.“ Eine *Untersuchung des kirchlichen Lebens in West-Berlin*, die das Bischöfliche Ordinariat vor rund drei Jahren durchgeführt hat, förderte u. a. zutage: Die Kirchenaus trittsbewegung, eine der Hauptsorgen der Kirche auch in der Bundesrepublik, hat vor den Toren Berlins am wenigsten haltgemacht. „Wir verlieren Jahr für Jahr eine Gemeinde“, sagte der Seelsorgereferent Msgr. *Tanzmann* seinerzeit vor dem Diözesanrat. Eine Gemeinde – das heißt in West-Berlin durchschnittlich 2500 Seelen. Wenn die Katholikenzahl in der Stadt dennoch bisher einigermaßen stabil geblieben ist, so hängt das mit dem *Zuzug westdeutscher Arbeitnehmer* zusammen, die im allgemeinen zur Hälfte der katholischen Konfession angehören. Besorgnis erregt auch die sinkende Zahl der Gottesdienstbesucher: In den letzten 25 Jahren verminderte sie sich etwa um die Hälfte von damals 25–30 Prozent auf heute 12–15 Prozent. Für eine Diaspora-Gemeinde sind das erschreckende Zahlen. Denn lange Zeit galt, daß sich die Gläubigen gerade hier besonders eng um ihre Kirche scharen, die sie als ein Stück Heimat betrachten.

Die Zahl der *Taufen* nahm im letzten Vierteljahrhundert um ein Drittel ab. Das liegt nur zum Teil am Geburtenrückgang. Freilich hat sich die Zahl der Taufen von Kindern im Alter von sieben Jahren an aufwärts verdoppelt. Jede siebente Taufe wird heute schon im Schulalter oder später gespendet. Das weist auf eine zunehmend katechumenale Situation der Pastoral hin. Die Anzahl der

kirchlichen Eheschließungen sank seit Ende der 50er Jahre um zwei Drittel und damit signifikant stärker als die Anzahl der standesamtlichen Eheschließungen, die im gleichen Zeitraum um die Hälfte zurückgegangen sind. Nach wie vor werden *überwiegend Mischehen* geschlossen, wobei man keineswegs davon ausgehen kann, daß die Partner solcher Ehen engagierte evangelische Christen sind.

Die Anzahl der in den Gemeinden tätigen Priester ging innerhalb der vergangenen 30 Jahre um ein Drittel zurück. Taten 1960 noch 136 Dienst, so sind es heute nur noch 96. Klostersgemeinschaften, selbst von Überalterung und Rückgang der Berufungen bedroht, helfen in der Pfarrseelsorge schon lange aus.

Schwächer werdende Kirchlichkeit

Die *kontinuierlich schwächer werdende Kirchlichkeit* führt man im Bischöflichen Ordinariat vornehmlich auf gesellschaftliche, demnach außerkirchliche Ursachen zurück: zunehmender Wohlstand, Propagierung antiautoritärer Erziehung, Zerfall des Familienlebens etc. Erst kürzlich äußerte sich Msgr. Tanzmann zu den „Defiziten“ in der Kirche West-Berlins. In einer pluralen Gesellschaft sei „das Christentum nicht mehr die bestimmende Größe des Lebens, sondern eine Möglichkeit unter vielen, das Leben zu gestalten.“ Visitationen der zwölf Westberliner Dekanate im Jahr 1986 hätten ergeben, daß „man in der Kirche von Berlin immer noch stark einem Schema verhaftet“ sei, das der Geistliche mit „Oben – Unten“, „Theologen – Nichttheologen“ oder „Führende und Geführte“ kennzeichnete.

Die Geschichte der Berliner Kirche habe niemals „Ruhe für gradlinige Entwicklungen“ geboten, sie sei eher vom „alten Diaspora-Begriff“ geprägt, der „vielfach unsere Gemeinden und Verbände in ein katholisches Getto geführt hat, in dem sehr stark das Innenleben im Vordergrund steht und weniger der Auftrag an die Welt ...“ Inzwischen sei man – und dies zeige sich in Berlin mit besonderer Deutlichkeit – in eine „neue Diaspora“ geraten. „Wir leben als wenige Christen (einschließlich der anderen christlichen Konfessionen)“, so erläuterte Tanzmann, „in einer Stadt, in der es viele Menschen gibt, die religiös indifferent leben, ohne dem Christentum feindlich gegenüberzustehen.“ Solange man diese neue Diaspora-Situation nicht erkenne, werde auch nicht bewußt werden, daß die Botschaft Jesu Christi eine „Botschaft für das Heil, das Glück aller Menschen“ sei. Dies gelte besonders auch für jene Welt, die die Kirche umgibt und zu der sie ja auch gehöre.

Ein weiteres Defizit sieht der Seelsorge-Referent darin, daß die Berliner Katholiken „immer schnell die organisatorischen Fragen sehen“, darüber aber häufig die Inhalte zu kurz kommen lassen. Man überlasse die Glaubensinhalte gern den Fachleuten, so daß „die Nichttheologen

sich nicht leicht tun, die Inhalte des Glaubens aufzunehmen und weiterzugeben.“

Schon *Carl Sonnenschein*, der als Großstadt-Apostel aus der Geschichte des Berliner Katholizismus nicht wegzudenken ist, hat eine ihm immer wieder begegnende Provinzialität vor allem unter den bürgerlichen Katholiken, ja, auch bei der Intelligenz beklagt. Er vermißte missionarischen Geist, Aktivität nach außen. Er beklagte aber auch den Mangel an begabten Rednern, die in der Öffentlichkeit zur Auseinandersetzung mit dem Glauben herausforderten. Gewiß, *Romano Guardini* nahm den Ruf an die Humboldt-Universität an und versammelte seine ständig wachsende Zuhörerschaft in seinen Vorlesungen, Sonntagspredigten und Vorträgen.

Der *Berliner Klerus* rekrutierte sich weitgehend aus Schlesiern, viele unter ihnen mit polnischen Namen. Es waren oft sehr einfache Menschen von einer tiefen, gradlinigen Religiosität. Bissig hat einmal jemand gesagt, viele der Geistlichen, die von der Jahrhundertwende bis in unsere Zeit treu ihren Dienst versehen haben, seien Söhne oder Enkel der schlesischen Dienstmädchen, die ja nach 1870 zu Tausenden in die Metropole Berlin strömten, wo sie Lohn und Brot zu finden hofften, Mädchen aus verarmten Bauernfamilien mit vielen Kindern. Von diesen Müttern und Großmüttern sind die angehenden Theologen, die unter großen Opfern ihrer Familien das Abitur machten und zum Studium kamen, entscheidend in ihrem religiösen Denken und ihrem Kirchenbewußtsein geprägt worden. Weltmännisches Auftreten war nicht ihre Stärke.

Das *katholische Vereinsleben*, das fast hundert Jahre das Gesicht des Katholizismus gerade in Berlin – man denke an Kolping und Eduard Müller – wesentlich geprägt hat, hat heute kaum noch entscheidenden Einfluß auf das Leben der Gemeinden. Die katholischen studentischen Korporationen treten zwar bei festlichen Anlässen mit Fahnen und in Wicks in Erscheinung; sie existieren aber eher neben den Pfarreien, spielen zudem in der hochschulpolitischen Auseinandersetzung keine Rolle. Ihr Wert dürfte darin liegen, daß sie manchem in der Großstadt sich verloren vorkommenden Studierenden aus der Bundesrepublik ein Stück Heimat in einem Kreis Gleichgesinnter vermitteln.

Bleibt der Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) mit seinen Mitgliedsorganisationen von der katholischen Jungen Gemeinde (KJG) bis hin zum Bund „Neudeutschland“. Im BDKJ hat sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten eine verstärkte Hinwendung zu politischer Arbeit bemerkbar gemacht, wie sie auch bei zahlreichen anderen Jugendverbänden zu beobachten ist. Die Leitung erliegt dabei des öfteren der Versuchung, ihre Maximen in der Politik zu suchen und darunter die Orientierung am Evangelium außer acht zu lassen. In einer Stadt wie Berlin dürfte diese Gefahr viel eher gegeben sein als in den Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik. In nicht wenigen Pfarreien gestaltet sich

die Jugendarbeit völlig ohne Rückbindung an den Dachverband. Man nimmt diesen kaum zur Kenntnis. Das verstärkt die Tendenz, daß er sich von der Basis im Denken und Handeln entfernt. Eine Anzahl von Pfarrern steht der Jugendarbeit skeptisch und distanziert gegenüber. Auch das Bischöfliche Ordinariat, das sich letztlich für die Arbeit der organisierten katholischen Jugend verantwortlich weiß und für die Finanzierung zuständig ist, hat Schwierigkeiten, das Gespräch mit den oft aufmüpfigen Jugendlichen nicht abreißen zu lassen.

Manches ist anders als in der Bundesrepublik

Die *katholischen Privatschulen*, etwa ein Dutzend Einrichtungen unterschiedlichen Typs von der Grundschule über Gymnasien bis hin zu Ausbildungsstätten besonderer pädagogischer Prägung, genießen trotz mancherlei Kritik von außen, aber auch von innerkirchlicher Seite hohes Ansehen. Dies nicht zuletzt deswegen, weil man sich hier im Sinne der Kontinuität und Tradition manchen politischen Irrweg, dem Öffentliche Schulen in der Vergangenheit erlegen sind, erspart hat. Ohne Offenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber den Fragen, vor die sich jeder Jugendliche heute gestellt sieht, hätten sie gewiß kaum Überlebenschancen gehabt. Freilich sahen sich die Orden, die die Schulen einst ins Leben gerufen hatten, inzwischen aus Personalmangel zum Rückzug gezwungen, die Verantwortung in die Hände des Bischöflichen Ordinariats zu legen, das sie überwiegend mit nichtgeistlichen Lehrkräften weiterführt.

Die staatliche Bezuschussung, in den Bundesländern eine Selbstverständlichkeit, blieb in Berlin jahrzehntelang nicht nur hinter den kirchlichen Wünschen, sondern auch hinter zeitgemäßen Erfordernissen zurück. Erst in jüngster Zeit gelang es, Senat und Öffentlichkeit davon zu überzeugen, welche Entlastung des Staates die kirchlich unterhaltenen Schulen, abgesehen von ihrem wichtigen Beitrag zur Jugendbildung, bedeuten.

Kirchliche Desiderate an den Staat gibt es in Berlin heute hauptsächlich auf dem Gebiet des ausschließlich in die Verantwortung der Kirchen fallenden *Religionsunterrichts*. Die Maxime, Religion sei Privatsache, dürfte weit verbreiteter Auffassung in der Bevölkerung der Stadt entsprechen. Bis auf weiteres ist daher keine Chance für eine Änderung zu erkennen, die der religiösen Erziehung Gleichbehandlung mit den übrigen Fächern einräumt. So ist und bleibt Religion in Berlin kein Prüfungsfach. Nicht einmal alle Mitglieder der CDU-Fraktion würde man auf einen entsprechenden Änderungsbeschluß einschwören können, geschweige denn den Koalitionspartner FDP oder die in Opposition stehenden Parteien SPD und AL. Die Kirchen müssen sehen, wie sie den Religionsunterricht im Kompromißverfahren in den staatlich vorgeschriebenen Fächerkanon einbringen, während in Ost-Berlin wie in der DDR insgesamt der Religionsunterricht vollends aus den Schulen verbannt ist.

In der Öffentlichkeit unangefochten vollzieht sich die Arbeit der *Caritas*. Neben mehreren leistungsfähigen Krankenhäusern unterhält der Verband in allen Stadtteilen Kindertagesstätten, zahlreiche Alten- und Pflegeheime, Häuser für Behinderte und Drogenabhängige und seit einigen Jahren auch eine Einrichtung für Frauen und Kinder in akuter Notlage. Es taucht freilich, besonders seit den Kreuzberger Unruhen im Mai d.J., öfter die Frage auf, ob sich die Caritas nicht stärker als bisher den Randgruppen und Randexistenzen der Gesellschaft zuwenden müßte: Obdachlosen, Nichtseßhaften, Asylbewerbern usw. Schon auf dem Berliner Katholikentag 1980 gab ein namhafter Mediziner und Klinikumsdirektor zu bedenken, ob es den heutigen Erfordernissen kirchlicher Liebestätigkeit noch immer entspreche, mit großem finanziellem Aufwand technisch perfekte Krankenhäuser – gleichsam in Konkurrenz mit dem und zugleich gefördert vom Staat – zu unterhalten. Die Kirche sollte überlegen, ob sie sich nicht auf Dauer aus diesem Bereich zurückziehen sollte, um die ihr zur Verfügung stehenden Mittel und Menschen zugunsten der Ärmsten der Armen einzusetzen.

Darf im Westen nicht sein, was im Osten nicht geht?

Pfarrer *Godehard Pünder* SJ, dessen Gemeinde St. Michael mitten in Kreuzberg, dicht an der Mauer, liegt, hat lange vor den Mai-Unruhen in einer kritischen Bilanz der gegenwärtigen Situation der Berliner katholischen Gemeinden festgestellt, die Stadt sei gekennzeichnet durch Anonymität, eine starke Mobilität, eine „Konsummentalität“ und wachsende Kirchenentfremdung. Die christlichen Gemeinden seien nicht mehr missionarisch und den Familien gelinge es immer weniger, den Glauben an die Kinder überzeugend weiterzugeben. Pünder, ein Bruder des in Coroa (Brasilien) wirkenden Missionsbischofs Albrecht Pünder, von der Kirche in Lateinamerika aus eigener Anschauung tief beeindruckt, stellt eine „Tendenz zur Verhauptamtlichung“ bei den kirchlichen sozialen Einrichtungen sowie eine mangelnde Offenheit für bestimmte Gruppen wie Ausländer und arbeitslose Jugendliche fest (vgl. KNA Berliner Dienst, 14.5.87).

Der Stadtteil um die Oranienstraße galt jahrelang als heruntergekommen und stark überaltert. Junge Familien mieden die Gegend mit den grauen Mietskasernen aus der Jahrhundertwende, die dringend der Restauration bedürfen. Die Situation hat sich in den letzten Jahren verändert. Die Außenseiter der Gesellschaft, Arbeitslose, Ausländer, Drogenabhängige und „Ausgeflipte“ jedweder Couleur entdeckten für sich in Kreuzberg „Freiräume“. Die Hausbesetzer-Szene hatte gewissermaßen ein Signal gegeben. Dazu meint Pünder, die Stärke des Stadtteils liege darin, daß dort Menschen miteinander leben können, die sich selbst als außerhalb der Gesellschaft Stehende fühlten. Ohne die Möglichkeit der Subkultur wären diese Leute seiner Meinung nach hilflos und wür-

den vermutlich in psychiatrischen Kliniken oder im Gefängnis landen.

Pfarrer *Klaus Kliesch*, der die benachbarte Liebfrauen-Gemeinde leitet und u. a. durch seine gemeinsam mit Schwestern der Mutter Teresa betriebene Suppenküche für Notleidende weit über Berlin hinaus bekannt wurde, wies kürzlich darauf hin, daß allein auf dem Gebiet seiner Pfarrei etwa 5800 Menschen unter dem Existenzminimum lebten. In diesem Teil der Stadt betrage die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen 40 Prozent (vgl. KNA Berliner Dienst, 4. 5. 87).

Hier in Kreuzberg manifestiert sich Kirche mit anderen als den herkömmlichen Methoden. Die bürgerliche „Service-Kirche“ hat offenbar keine Chance mehr. In manchen Berliner Pfarreien horcht man auf, und der Kirchenführung bemächtigt sich eine gewisse Unruhe. Die Gefahr der Auszehrung der Gemeinden, für die der Rückgang der Gottesdienstbesucher das deutlichste Zeichen ist, wurde längst erkannt. Sie stellt ein geistig-religiöses Problem dar, dem mit organisatorischen Maßnahmen wie Zusammenlegung von Pfarreien, Streichung von Gottesdiensten, Entlastung der Priester durch den Einsatz von Laien generell nicht beizukommen ist. In Kreuzberg entsteht so etwas wie Basiskirche, die Gläubige und Nichtgläubige, Gestrauchelte und Hoffnungslose, Punker und Fixer anzieht. Hier fühlen sie sich angenommen und ein wenig geborgen. Kirche beschränkt sich dort nicht auf die ihr von mancher Seite zugedachte gesellschaftliche Nische.

Freilich wird der unübliche soziale Dienst, den die Kirche hier anbietet, von nicht wenigen mit Mißtrauen als unangemessene Politisierung angesehen, während andere ihn um der Glaubwürdigkeit der Kirche willen für unausweichlich halten.

Ost-Berlins kirchliche Probleme sind anders gelagert. Das starre politische Gefüge läßt kirchliche Veränderungen mit gesellschaftspolitischen Konsequenzen kaum zu. Die Pastoral hält sich eher in den von der Tradition vorgeschriebenen Grenzen. Aber die Glaubensentfremdung bildet auch dort für die Kirche das schwerste Problem. „Gemäß ihrem Wesen und Selbstverständnis“ könne die Kirche auf die Situation nicht „genuin politisch reagieren“, erklären die Bischöfe der DDR in ihrem Hirtenwort vom September 1986 (vgl. HK, Dezember 1986, 574 ff.). Sie habe „in pastoraler Weise zu antworten, was freilich auch eine politische Dimension einschließt“, hieß es dort. „Der Christ und sein ganzheitliches Glaubenszeugnis“ seien „in der Gesellschaft durchaus gefragt“. Sind sie das weniger in der pluralistischen Gesellschaft im Westteil der Diözese? Müßte die Kirche gemäß dem Hirtenwort nicht wenigstens hier, wo sie dazu die Möglichkeit und die Freiheit hat, „genuin politisch reagieren“? Allerdings wäre der Bischof von seiner Position in beiden Gesellschaftsordnungen her damit überfordert. Vielleicht ist die Frage nach der *Einheit des Bistums* – ein kirchenpolitisches Tabu ersten Ranges – einmal neu zu

überdenken. Wenn nach Ansicht der Kirchenführung in West-Berlin „nichts geschehen darf“, was auf der andern Seite der Mauer „nicht geschehen kann“, muß es zu Spannungen kommen, die in der Andersartigkeit der gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine zeitgemäße Pastoral begründet liegen. Sie traten schon verschiedentlich zutage. Ob solche Spannungen auf Dauer ohne Substanzverlust ausgehalten werden können, ja müssen, um den östlichen Machthabern nicht leichtfertig eine Handhabe dafür zu bieten, den Zusammenhang gewachsener Bindungen zu lockern oder gar aufzuheben, wäre sorgfältig zu prüfen. Hier bedarf es einer behutsamen Abwägung der Güter, die sich an den Forderungen des Evangeliums messen lassen muß.

Die Kirche droht auf diese Weise den notwendigen Schwung einzubüßen, weil jedes Problem der Rückversicherung bedarf und zur Vermeidung von Schwierigkeiten auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht wird. Sie müßte sich aber energischer auf die großen Themen der Zeit einstellen: Menschenwürde und menschliche Freiheit für jedermann, die Arbeitslosen, Asylbewerber oder die zahllosen „verschämten Armen“, die der Staat nicht mehr erreicht.

Ein Kongreß sucht nach Orientierung

Gegenwärtig wird in West-Berlin in den Pfarreien, Vereinen und Ordenskonventen ein von Kardinal Meisner einberufener *Pastoralkongreß* vorbereitet. Er soll im Februar 1988 auf einer mehrtägigen Versammlung zu konkreten Beschlüssen über die Aufgaben der Kirche bis zum Jahre 2000 führen. In den für den Kongreß erstellten 19 Thesen zur Erneuerung der Pastoral schlagen sich die Vorstellungen der Kirchenführung nieder. In mehreren sogenannten „Impulsversammlungen“, an denen die aus den Gemeinden, Verbänden und Klostergemeinschaften sowie als Vertreter des Klerus berufenen und vom Bischof bestätigten mehr als 250 Priester und Laien teilnehmen, die die dreitägige Schlußveranstaltung im Februar bestreiten und ein entsprechendes Papier erarbeiten sollen, werden die Zwischenergebnisse der mittlerweile von 19 auf 25 angewachsenen Sachgruppen beraten.

Die jüngste dieser „Impulsveranstaltungen“ Mitte November ließ freilich deutlich die Schwächen erkennen, die dem Unternehmen anhaften: 1. Der Pastoralkongreß ist noch mehr als bisher in Zeitdruck geraten. Es zeigt sich, daß die ersten Vorbereitungsmonate bis zur Sommerpause nicht ausreichend zur Bildung der Sachgruppen und einer angemessenen Arbeitsplanung genutzt worden sind. 2. Die Fragen und Probleme, die den Arbeitsgruppen vorgegeben waren, erweisen sich als ungleich differenzierter als zunächst angenommen. 3. Die Gemeinden lassen sich nur schwer aus ihrer Passivität herauslocken, so daß man die in mancher Arbeitsgruppe bisher vorliegenden Voten an einer Hand zählen kann.

Der Ruf nach einem „lesbaren“ Papier wird lauter, die Forderung nach Straffung der von den einzelnen Sachgruppen zu erstellenden Texte dringlicher. Wiederholt meldeten sich Sprecher und Sprecherinnen zu Wort, die den Mangel an Wirklichkeitssinn in einzelnen Texten beklagten. Es müsse möglich sein, „angstfrei“ auch Tabu-Themen offen auszusprechen. Aktuell ist die Exkommunikation eines Westberliner Pfarrers, dem sexuelle Verfehlungen vorgeworfen werden, die der Betroffene bestrittet. Überhaupt wird die Einsamkeit der Priester als schwerwiegendes Problem gesehen und in diesem Zusammenhang der Wert des Zölibats in Frage gestellt. Daß sowohl eine Arbeitsgruppe „Frauen“ und eine weitere zu „Gerechtigkeit und Frieden“ erst nachträglich eingeführt wurden, zeigt die Lücken. Selbstredend wird in der ersteren der Ruf nach Ministrantinnen und dem Frauen-Diakonat laut. Im Arbeitskreis Familie brennt das Problem des Umgangs mit den wiederverheirateten Geschiedenen auf den Nägeln. Der Religionsunterricht gehe von falschen Voraussetzungen aus: Es müsse zur Kenntnis genommen werden, daß Nicht-Katholiken und mehr und mehr Ungetaufte eine Teilnahme begehren. Mit dem Erlernen der Zehn Gebote sei es daher nicht mehr getan. Schließlich wollte sich Pater Pünder – und nicht nur er – nicht mit der Feststellung im Arbeitspapier „Das Wirken der Kirche in Berlin (West) in der Öffentlichkeit“ zufriedengeben, daß „die Partnerschaft zwischen der Kirche und den Trägern der staatlichen

Ordnung weitgehend von einer guten Zusammenarbeit getragen“ sei. Mindestens für Kreuzberg träfe das keineswegs zu.

Weder „Gegenstadt“ noch Privatisierung des Glaubens

Findet überhaupt der missionarische Auftrag der Kirche, an dessen Anfang das Gespräch mit der Gesellschaft stehen müßte, einen hinreichenden Niederschlag in den Thesen? Bisher ist das jedenfalls nicht erkennbar. „Inkarnation der Stadt“, so formulierte der Frankfurter Jesuit *Michael Sievernich* in einer Veranstaltung des Seminars für katholische Theologie zum Stadtjubiläum, „verbietet den defensiven Rückzug in den ‚Pferch‘ der ‚kleinen Herde‘, selbst dann, wenn sich die christliche Gemeinde in einer Minderheitenposition befindet“. Geboten erscheine vielmehr die offene, kritische und offensive Kooperation. Es gehe weder um die Errichtung einer „Gegenstadt“ noch um eine „Privatisierung des Christentums oder seine Reduzierung auf eine ornamentale Funktion in der bürgerlichen Öffentlichkeit“, so der Frankfurter Theologe. „Vielmehr erfordert der öffentliche Charakter des christlichen Heils, der in der Kirche strukturelle Gestalt angenommen hat, sich um das umfassende Wohl (Schalom) der Stadt zu bemühen.“

Ernst-Alfred Jauch

Hoffnung auf Frieden im „Paradies“

Indiens Schatten über Sri Lanka

Allein seit 1983 forderte der Konflikt zwischen Tamilen und Singhalesen auf Sri Lanka nach inoffiziellen Schätzungen mindestens 7000 Todesopfer. Etwa 130000 Tamilen flohen nach Südindien, 100000 fanden in Europa und Nordamerika vorläufig Zuflucht, und Zehntausende leben notdürftig in Lagern oder bei Verwandten und Freunden auf der ehemals als so friedfertig geltenden Insel. Lange Zeit schien es, als könne man der Eskalation der Gewalt kaum mehr auf dem Verhandlungswege Einhalt gebieten, zumal die Anfang 1984 unter indischer Vermittlung begonnenen Friedensgespräche schon bald in eine Sackgasse geraten waren. Um so überraschender unterzeichneten am 29. Juli 1987 Staatspräsident Junius Jayawardena und Indiens Premierminister Rajiv Gandhi in Colombo ein Abkommen, das einer unblutigen Lösung den Weg ebnen soll. Allzu hoch gespannte Erwartungen wurden allerdings rasch durch erneute Unruhen gedämpft, und seit die indischen Truppen selbst in die Auseinandersetzungen eingriffen, ist vollends deutlich, auf welcher labiler Grundlage der Kompromiß ausgehandelt wurde.

Der Konflikt betrifft bekanntlich in erster Linie das Verhältnis zwischen den Singhalesen, deren Bevölkerungsanteil unter den 17 Millionen Einwohnern Sri Lankas 74% beträgt, und den rund 2 Millionen alteingesessenen Tamilen (vgl. HK, Februar 1985, 93 ff.). Ethnisch wohl entfernt mit den frühen singhalesischen Einwanderern verwandt, leben letztere vorwiegend in der Nord- und Ostprovinz des Landes, wo sie 90% resp. 42% der Einwohnerschaft bilden. Der latente Antagonismus zwischen beiden Volksgruppen verschärfte sich während der Kolonialzeit, als viele Tamilen um des sozialen Aufstiegs willen weit eher zur Zusammenarbeit mit den neuen Herren bereit waren als insbesondere die Singhalesen des Hochlandes, aus denen sich bis heute ein großer Teil der politischen Führungskraft rekrutiert. Sämtliche Regierungen seit 1948 trachteten denn auch danach – wengleich mit unterschiedlicher Härte –, den Einfluß dieser Tamilen im öffentlichen Leben einzuschränken. Dies gelang nicht zuletzt durch die Erhebung des Singhalesischen zur Staatssprache und Quoten-Regelungen für die